

Best practice – Proaktiver Opferschutz in Berlin

**Johanna Friedrich
Magdalena Ortner**

Aus: Erich Marks, Claudia Heinzelmann, Gina Rosa Wollinger (Hrsg.):
Krisen & Prävention
Ausgewählte Beiträge des 28. Deutschen Präventionstages
Forum Verlag Godesberg GmbH 2024

978.3.96410.049.8 (Printausgabe)
978.3.96410.050.4 (eBook)

Johanna Friedrich, Magdalena Ortner

Best practice – Proaktiver Opferschutz in Berlin

Wir alle kennen Schicksale wie das folgende: Herr B., ein pensionierter, ehemaliger leitender Beamter, der Zeit seines Lebens für seine Familie aber auch für seine Angestellten gesorgt hat, erhält eines Tages einen Anruf: eine Frau, vermeintlich eine seiner Töchter, ist ganz aufgelöst am Telefon, sie habe einen tödlichen Verkehrsunfall verursacht, er müsse dringend die Kautions bezahlen, damit sie nicht gleich inhaftiert wird. Eine andere Person erklärt ihm, wohin er den hohen Betrag überweisen soll. Erst nachdem die Aufregung abgeebbt ist, erkennt Herr B., dass er fast sein gesamtes Ersparnis an Betrüger verloren hat. Eigentlich waren die 30 000 Euro für die Kreuzfahrt vorgesehen, die er und seine Frau in diesem Jahr genießen wollten. Trotz seiner Verzweiflung gelingt es ihm, Anzeige bei der Polizei zu erstatten, aber er schämt sich sehr und findet nicht den Mut seine Frau zu informieren. Die Scham und der Ärger plagten ihn in den folgenden Wochen sehr, er fühlt sich unzulänglich und hat keine Idee, mit welchem Geld er nun die Reise mit seiner Frau machen könnte. Er zieht sich zurück und wird grüblerisch. Die Familie führt dies auf den Pensionsschock zurück und versucht ihn mit Unternehmungen abzulenken. Als seine Tochter zufällig auf seinem Schreibtisch einen Abschiedsbrief findet, und ihn zur Rede stellt, offenbart sich die gesamte Geschichte und die Familie findet Unterstützung zunächst bei der Opferbeauftragten der Polizei und anschließend bei einer Opferunterstützungseinrichtung.

Aber muss das so sein? Sollen Menschen nach solch einschneidenden Erfahrungen allein gelassen werden? Auf sich selbst gestellt bei der Suche nach Unterstützung, von der viele gar nicht wissen, dass es diese überhaupt gibt? Muss der Leidensdruck erst richtig groß, die Folgen der Straftat so massiv werden, bis Hilfe greift?

Oder könnte es auch ganz anders laufen? Eine Gesellschaft, die Verantwortung übernimmt, die gemäß dem Solidaritätsprinzip für diejenigen da

ist, die Hilfe brauchen, die Straftaten erlebt haben. Die Menschen an die Hand nimmt, Information und Unterstützung anbietet.

In einigen Ländern Europas passiert genau das schon seit vielen Jahren: proaktiver Opferschutz nennt sich eine Vorgehensweise, bei der sich polizeiliche Ermittlungsarbeit und die Unterstützung von Opfern von Straftaten durch Opferschutzorganisationen ideal ergänzen: Die Polizei gibt die Daten der Opfer an eine Opferhilfeorganisation weiter und diese nimmt aktiv einige Tage nach dem Vorfall Kontakt zu der betroffenen Person auf. Auf diese Art und Weise erhalten Betroffene bedarfsgerechte Informationen und Hilfestellungen für den weiteren Verfahrensverlauf sowie wenn notwendig Zugang zu psychosozialer Unterstützung. In den Niederlanden wird dadurch eine sehr große Zahl Betroffener von Straftaten erreicht (Politie Nederland, 2018; Slachtofferhulp, 2017). Demgegenüber liegt die Zahl der Opfer, die in Berlin in der Unterstützungslandschaft landen, bei sehr niedrigen 10% (Opferbeauftragter des Landes Berlin, 2016). Hier ist die gängige Praxis, den Betroffenen ein umfangreiches schriftliches Informationsblatt auszuhändigen.

Die Annahme liegt nahe, dass dies in den anderen deutschen Bundesländern ähnlich ist und stark angezweifelt werden kann, ob die Umsetzung der EU Richtlinie 2012/29 daher in der Praxis auf Seiten der Betroffenen so ankommt, wie es die Richtlinie eigentlich in Artikel 8 Absatz 1 und 2 fordert:

Recht auf Zugang zu Opferunterstützung

(1) Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass Opfer ihrem Bedarf entsprechend vor, während sowie für einen angemessenen Zeitraum nach Abschluss des Strafverfahrens kostenlos Zugang zu Opferunterstützungsdiensten erhalten, die im Interesse der Opfer handeln und dem Grundsatz der Vertraulichkeit verpflichtet sind. Familienangehörige erhalten Zugang zu Opferunterstützungsdiensten entsprechend ihrem Bedarf und dem Ausmaß der Schädigung, die sie infolge der gegen das Opfer begangenen Straftat erlitten haben.

(2) Die Mitgliedstaaten erleichtern die Vermittlung der Opfer an Opferunterstützungsdienste durch die zuständige Behörde, bei der eine Straftat angezeigt wurde, und durch andere einschlägige Einrichtungen. (Union, E. 2012, S. L 315/68)

In einigen deutschen Bundesländern bestehen auf regionaler und manchmal individueller Ebene bereits proaktive Initiativen, die jedoch noch nicht institutionalisiert und standardisiert sind.

Auch der Erfolg des proaktiven Vorgehens in Fällen häuslicher Gewalt, das seit mehr als 15 Jahren in den meisten deutschen Bundesländern praktiziert wird, verdeutlicht, wie wichtig es ist, auf Betroffene zuzugehen. So fassen die Autor*innen der Studie zur Wissenschaftlichen Begleitung der Interventionsprojekte gegen häusliche Gewalt (WiBIG) wie folgt zusammen:

Die neuen Angebote senken die Schwelle ins Hilfesystem und verbessern die Chancen der Betroffenen, die Form der Beratung oder des Schutzes zu wählen, die ihren Bedürfnissen, ihrer Gefährdung und ihrer Lebenssituation entspricht. ... Proaktiver Beratung gelingt es, auch diejenigen von häuslicher Gewalt Betroffenen mit Information und Unterstützung zu versorgen, die von sich aus keinen Unterstützungsbedarf an Beratungsstellen herantragen würden, sei es,

- weil sie sich subjektiv nicht als unterstützungsbedürftig sehen, obwohl sie Gewalt erleiden und ihnen Informationen über ihre rechtlichen Möglichkeiten fehlen;
- weil sie glauben, dass ihr Fall „nicht schlimm genug“ ist, um Unterstützung zu verdienen;
- weil sie verängstigt oder resigniert sind, nicht mehr aktiv Hilfe suchen bzw. nicht mehr auf Hilfe hoffen. (Bundesministerium für Familien, Senioren, Frauen und Jugend, 2004, S. 327)

Diese Ergebnisse gelten insbesondere für vulnerable Gruppen, lassen sich jedoch zum Großteil für alle Betroffenen von Straftaten verallgemeinern, denn „[d]er Anteil der Opfer, die überhaupt keine Schäden durch eine kriminelle Viktimisierung erleiden, dürfte unter 10% liegen.“ (Baurmann/Schädler, 1991, zitiert nach Steffen, 2013, S. 77)

Berliner Pilotprojekt

Gefördert von der Berliner Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz hat die Opferhilfe Berlin e.V. im Jahr 2020 mit der „proaktiv – Servicestelle für Betroffene von Straftaten“ ein innovatives Projekt ins Leben

gerufen. In Kooperation mit der Polizei Berlin sowie einem Netzwerk aus mehr als 20 Beratungseinrichtungen wurde im Rahmen eines Pilotprojektes (August 2021 bis März 2023) ein neuer Standard des proaktiven Opferschutzes in Berlin erprobt, das nun Zug um Zug auf ganz Berlin ausgeweitet werden soll.

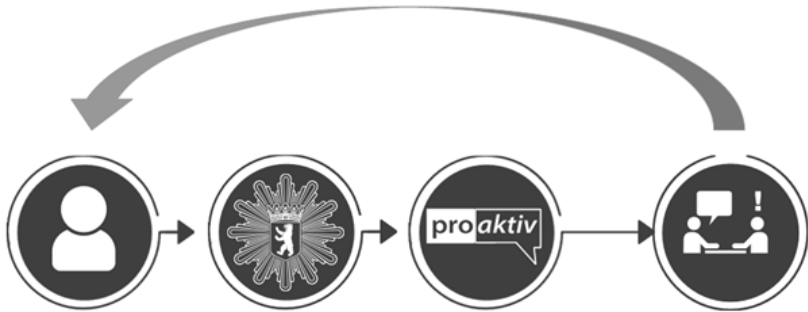


Abbildung 1: schematische Darstellung proaktiver Opferkontakt

Deutschlandweit erstmalig wird Proaktivität als Standardverfahren umgesetzt. Im Gebiet der Berliner Polizeidirektion 2 mit ca. 690 000 Einwohner*innen und ca. 80 000 Straftaten pro Jahr erhalten seit August 2021 alle Opfer von Straftaten bei Anzeigenaufnahme das Angebot der proaktiven Unterstützung.

Mittels einer aus Datenschutzgründen notwendigen Einwilligungserklärung kann die Polizei die Daten der betroffenen Personen an die *proaktiv* – Servicestelle verschlüsselt weitergeben. Die Daten bieten die Grundlage für die Auswahl einer Beratungsstelle aus dem Netzwerk *proaktiv*. Diese kontaktiert die Betroffenen innerhalb von wenigen Tagen und bietet erste Informationen und bedarfsgerechte Unterstützung an. Das Angebot gilt für alle Betroffenen unabhängig von der Schwere der Straftat.

Im Netzwerk *proaktiv* kooperieren mehr als 20 Beratungseinrichtungen. Es sind dabei sowohl ehrenamtliche als auch hauptamtliche Organisationen vertreten und sowohl deliktsspezifisch als auch zielgruppenspezifisch arbeitende Einrichtungen. Alle haben sich einheitlichen Qualitätsstandards verpflichtet.

Im Pilotzeitraum wurden mehr als 2100 Menschen an die *proaktiv* – Servicestelle vermittelt. 83,3% der Betroffenen wurden von den Beratungsstellen erreicht und erhielten Informationen und Hilfestellungen.

Der Evaluationsbericht zum Pilotprojekt (Konradi et. al, 2023) stellt fest, dass nach Einschätzung der Mitarbeitenden der Beratungsstellen, 70% der Betroffenen, mit denen Erstkontakte stattfanden, von sich aus nicht den Weg zu Opferhilfeeinrichtungen gefunden hätten. Auch von den Betroffenen selbst wird das Angebot sehr positiv wahrgenommen. Dies bestätigen sowohl direkte Rückmeldungen von Betroffenen im Rahmen der Evaluation als auch der Eindruck der Berater*innen, die die Erstkontakte durchführten.

Auch für die Polizeibeamt*innen ist der proaktive Ansatz eine hilfreiche Maßnahme:

Für die Beamt*innen, die am Einsatzort mit ganz unterschiedlichen Lebenssachverhalten der Geschädigten konfrontiert werden, ist es oft gar nicht so einfach den richtigen Ansatz zu finden. Die Vermittlung an eine Stelle, wo man weiß, dass den Menschen gut geholfen werden kann, ist für uns eine Erleichterung. Wir werden so auch dem Auftrag aus der StPO für mehr Opferhilfe gerecht und können ein niedrigschwelliges Angebot machen. Das gibt auch den Kolleg*innen mehr Handlungssicherheit. (Seifert, Roman, Leitender Polizeidirektor, Polizei Berlin, Direktion 2 (West), persönliches Interview, Berlin, 22.05.2023)

Die Vorteile des proaktiven Vorgehens liegen also auf der Hand:

- ein schnellerer Zugang zum Hilfesystem verhindert die Ausbildung von schwerwiegenden Tatfolgen (Brewin, Andrews & Valentine, 2016).
- Betroffene werden bedarfsgerecht gestärkt und unterstützt, Resilienz gefördert (Agaibi & Wilson, 2016).
- langfristig ergibt sich dadurch auch ein wirtschaftlicher Nutzen, indem die Kosten für das Gesundheitssystem reduziert werden (Victim Support Europe, 2022).
- die Polizeibeamt*innen werden entlastet und können ihren Fokus auf die Ermittlungsarbeit legen (Victim Support Europe, 2022).

Die Pilotphase kann als erfolgreicher Testlauf für die Implementierung des Verfahrens in weiteren Berliner Polizeidirektionen gewertet werden. In diesen eineinhalb Jahren konnten wichtige Erkenntnisse für die Einführung des proaktiven Ansatzes gewonnen werden:

- Damit die Umsetzung an die Gegebenheiten des Landes angepasst und Doppelstrukturen vermieden werden, müssen vorhandene Strukturen analysiert werden.
- Der proaktive Ansatz kann nur funktionieren, wenn alle Akteur*innen, die im Opferschutz relevant sind, an einem Strang ziehen. Deshalb müssen Netzwerke aus Polizei, Opferhilfeeinrichtungen und Politik geknüpft werden.
- Die Polizei als zentrale Figur des proaktiven Opferschutzes muss auf allen Ebenen einbezogen werden. Information und Aufklärung der Basis sowie der Führungskräfte und die Verankerung in der Aus- und Weiterbildung sind der Schlüssel zum Erfolg des Ansatzes und eines Gelingens der Opferansprache.
- Die Notwendigkeit einer in Papierform erforderlichen schriftlichen Einwilligung zur Datenverarbeitung hat in der praktischen Umsetzung eine Herausforderung dargestellt (z.B. durch schlechte Lesbarkeit, mangelnde Verfügbarkeit der Formulare in den Funkwägen, Fehler bei der Datenübertragung). Diese müssen in Zukunft weiter im Blick behalten werden und Datenschutz und Digitalisierung Hand in Hand vorangebracht werden. Es braucht praktikable, nutzer*innenfreundliche, pragmatische Lösungen, die im Sinne der Betroffenen stehen, denn Digitalisierung verhindert Fehler und erhöht Datenschutz.

Aus unseren praktischen Erfahrungen, die im Einklang mit Forschung und Praxis zu Proaktivität im Opferschutz stehen, finden wir es unerlässlich, dass in der anstehenden Überarbeitung der EU Richtlinie 2012/29 EU die Stimme des Victim Support Europe (VSE) gehört wird, der in seinem Positionspapier dem proaktiven Ansatz eine zentrale Rolle für einen erfolgreichen und zeitgemäßen Opferschutz zuschreibt (Victim Support Europe, 2022).

Literaturverzeichnis

- Agaibi & Wilson (2005). Trauma, PTSD, and Resilience. *Trauma, Violence, & Abuse*, 6(3), 195–216. doi:10.1177/1524838005277438
- Brewin, C. R., Andrews, B., & Valentine, J. D. (2000). Meta-analysis of risk factors for posttraumatic stress disorder in trauma-exposed adults. *Journal of Consulting and Clinical Psychology*, 68(5), 748–766. <https://doi.org/10.1037/0022-006X.68.5.748>
- Bundesministerium für Familien, Senioren, Frauen und Jugend (2004). *Gemeinsam gegen häusliche Gewalt. Kooperation, Intervention, Begleitforschung. Forschungsergebnisse der Wissenschaftlichen Begleitung der Interventionsprojekte gegen häusliche Gewalt (WiBIG)*. <https://www.bmfsfj.de/resource/blob/84332/213fd887de208256305d15c42da56225/langfassung-studie-wibig-data.pdf>
- Union, E. (2012). Richtlinie 2012/29/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über Mindeststandards für die Rechte, die Unterstützung und den Schutz von Opfern von Straftaten sowie zur Ersetzung des Rahmenbeschlusses 2001/220. <https://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2012:315:0057:0073:DE:PDF>.
- Konradi, Hirsch, Kaps, Kehr, Lüter & Gellrich (2023). *Proaktiv – Service-stelle für Betroffene von Straftaten: Abschlussbericht der 2. Phase der Evaluation*.
- Opferbeauftragter des Landes Berlin (2016). 3. Bericht zur Situation der Opfer von Straftaten im Land Berlin (2014/15).
- Politie Nederland (2018, 20. März). Misdrijven, soort misdrijf (2014 - 2017). [data.politie.nl](https://data.politie.nl/#/Politie/nl/dataset/47005NED/table?ts=1695820620089). <https://data.politie.nl/#/Politie/nl/dataset/47005NED/table?ts=1695820620089>.
- Slachtofferhulp Nederland (2017). *Jahrverslag 2017*. <https://www.slachtofferhulp.nl/globalassets/media/corporate-downloads/voor-professionals/over-slachtofferhulp/jaarverslagen/jaarverslag-2017---slachtofferhulp-nederland---ik-stond-er-gelukkig-niet-alleen-voor.pdf>.
- Steffen (2013). Gutachten für den 18. Deutschen Präventionstag. *Mehr Prävention – weniger Opfer*. Erich Marks & Wiebke Steffen (Hrsg.): *Mehr Prävention – weniger Opfer* Ausgewählte Beiträge des 18. Deutschen Präventionstages 22. und 23. April 2013 in Bielefeld Forum Verlag Godesberg GmbH 2014, (Seite 51-122)
- Victim Support Europe (2022). *National framework for comprehensive victim support*. https://victim-support.eu/wp-content/files_mf/1673427018NationalFrameworkforComprehensiveVictimSupportcompressed.pdf.

Inhalt

Vorwort	9
<i>Der Deutsche Präventionstag und ständige Veranstaltungspartner</i>	
Mannheimer Erklärung des 28. Deutschen Präventionstages	11
I. Expertisen zum Schwerpunktthema	
<i>Rita Haverkamp, Christoph Gusy, Tjorven Harmsen</i>	
Krisen und ihre Prävention aus interdisziplinärer Perspektive	19
<i>Pia-Johanna Schweizer</i>	
Systemische Risiken	39
<i>Harald Dreßing</i>	
Die Bedeutung psychischer Resilienz im Zusammenhang mit Krisen	57
<i>Donya Gilan, Isabella Helmreich</i>	
Die resiliente Gesellschaft – eine kollektive Antwort auf kollektive Probleme	73
<i>Jan-Philip Maaß-Emden</i>	
Organisationale Resilienz. Rahmenbedingungen zur Entwicklung und Erhaltung einer unternehmerischen Widerstandsfähigkeit	91
<i>Manuela Freiheit, Andreas Uhl, Andreas Zick</i>	
Krisen und Krisenverarbeitung	113
<i>Friedrich Gabel</i>	
Krisenmanagement als Wertfrage	131
<i>Nikil Mukerji, Marina Moreno, Adriano Mannino</i>	
Zum rationalen Umgang mit Krisen – eine philosophische Perspektive	149
<i>Alexander Fekete, Chris Hetkämper, Carlotta Bauer</i>	
Resilienz im Kontext von Bevölkerungsschutz und Kommunen	169

<i>Holger Floeting</i> Stärkung städtischer Resilienz. Lernen aus der Krise	185
<i>Tim Lukas, Bo Tackenberg</i> Sozialraumorientierung im Bevölkerungsschutz. Community Resilience und soziale Anpassung in Krisen und Katastrophen	203
II. Vorträge	
<i>André Biermann</i> Covid-19 – Paradoxe Erwartungen an die Risikokommunikation	231
<i>Cathleen Bochmann</i> Kommunale Dialoge in Krisenzeiten	247
<i>Karen Brünger, Maximilian von Heyden, Vivien Voit</i> Schools That Care – Kinder im Fokus schulischer Prävention	259
<i>Dunya Elemenler</i> Homosoziale Gruppen in der gendersensiblen Präventionsarbeit	271
<i>Dieter Hermann</i> Das Sicherheitsaudit – ein Pfeiler der Sicherheitsarchitektur Mannheims	279
<i>Günther Bubenitschek, Dženeta Isaković, Yasemin Soylu</i> Was tun gegen Hass und Hetze?	289
<i>Leo Keidel</i> Der Amoklauf von Winnenden und die Präventionsarbeit	305
<i>Stefan Lenz</i> Über die Jugend und andere Krankheiten	315
<i>Jule Franziska Leisner</i> Polizeiliches Präventionsangebot für junge Menschen gegen Verschwörungsmythen	327
<i>Marina Martin</i> Armut macht krank, Krankheit macht arm	335

Andreas Mayer Die Cannabis-Legalisierung zu Genusszwecken aus polizeifachlicher Sicht	345
Lawrence Schätzle, Felix Munger Urbane Sicherheit in Zeiten des Klimawandels? Perspektiven aus zwei Städtenetzwerken	355
Johanna Friedrich, Magdalena Ortner Best practice – Proaktiver Opferschutz in Berlin	369
Torsten Siegemund, Anne-Marie Gallrein, Jana Peters Schutz und Beratung für gewaltbetroffene Männer in Deutschland mit dem Fokus Gewalt im sozialen Nahraum	377
Ute Scholpp, Carsten Wanzel Gewalt gegen Polizeikräfte. Präventive Ansätze des Landeskriminalamtes Baden-Württemberg	391
Peter Holnick, Anna Rübensam, Katharina Theobald, David Weiser KoMeT – Kompetenz-Medien-Training: Mehr als nur Arbeitsstunden!	397
Jan Hendrik Trapp, Anna Rau, Lawrence Schätzle Stärkung städtischer Resilienz am Beispiel von Pandemien: Reflexionsraum für kommunales Krisenmanagement	405
Tanja Kramper, Angelika Treibel Flexible psychologische Hilfe für Kriminalitätsbetroffene	417
Vanessa Uttenweiler, Kim Zibulski Häusliche Gewalt: Polizeipraxis der Gefährdungsanalyse	429
Katharina Wabnitz Planetare Krisen sind Gesundheitskrisen – Zum transformativen Potenzial von (Gewalt-)Prävention und Gesundheitsförderung	437
Teresa Wagner, Franziska Simon-Erhardt, Christina Storck, Simone Pfeffer Kinder stärken in schwierigen Zeiten mit dem Programm ReSi+	451

Christoph Weller

Krisenkonflikte: Was hilft gegen Krisenprofiteure?

459

III. Der 28. Deutsche Präventionstag im Überblick

Tana Franke, Erich Marks

Zusammenfassende Gesamtdarstellung des
28. Deutschen Präventionstages

469

Merle Werner

Evaluation des 28. Deutschen Präventionstages

503

IV. Autor*innen

535